Der Wahlkreisbrief

Neues aus dem Wahlkreis 23 3 / 2014

Danny Eichelbaum sendet Ihnen den Wahlkreisbrief zu seiner Arbeit als Abgeordneter im Landtag Brandenburg

Inhalt

Vorwort

Neues aus dem Wahlkreis

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Aktuelle Themen aus dem Landtag









Vorwort

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

an diesem Sonntag wird in Brandenburg ein neuer Landtag gewählt. Mit Ihren Stimmen entscheiden Sie, wer in den kommenden Jahren in Brandenburg regiert.

Seit 5 Jahren setze ich mich im Landtag für unseren Landkreis Teltow-Fläming und seine Bürgerinnen und Bürger ein. Gemeinsam mit Ihnen habe ich dafür gekämpft, dass u.a. unsere Seen nicht privatisiert werden, endlich die B 101 vollständig fertiggestellt werden kann, die Amtsgerichte in Zossen und Luckenwalde sowie die Polizeiwachen in Ludwigsfelde und Zossen erhalten bleiben. Diese Arbeit möchte ich gern mit Ihnen und für Sie fortführen.

Am 14. September 2014 geht es darum, die Weichen für eine gute Zukunft zu stellen. Brandenburg bleibt durch die jahrelange verfehlte Politik der rot-roten Landesregierung hinter seinen Möglichkeiten zurück. Noch nie gab es so viele Demonstrationen und Proteste gegen die Politik einer Landesregierung. Wir kämpfen bis zum Sonntag gemeinsam dafür, dass die CDU in Brandenburg wieder Regierungsverantwortung übernimmt. Die Brandenburger CDU hat in ihrer Regierungszeit bewiesen, dass sie Brandenburg auf einen erfolgreichen Kurs bringen kann. Mit den Schwerpunkten Sicherheit, Bildung, Wirtschaft und Zusammenhalt des Landes setzten wir die richtigen Akzente für die Zukunft. Wir wollen Brandenburg besser machen.

Unsere Ziele haben wir uns gemeinsam mit den Brandenburgerinnen und Brandenburgern erarbeitet: Wir stehen für ein Brandenburg, in dem in allen Landesteilen gleichwertige Lebenschancen gelten, der Schutz der Bürgerinnen und Bürger garantiert wird, unser Mittelstand und unsere Industrie gefördert werden, gute Bildung für unsere Kinder gesichert und Unterricht erteilt wird. Ein Brandenburg, das in Lehre, Forschung und Kultur investiert, in dem kreative junge Leute in allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen eine Zukunft haben, Industrie und Umweltschutz im Einklang sind, in Straßen investiert und die ärztliche Versorgung auch im ländlichen Raum gesichert wird.

Deshalb rufe ich alle Wählerinnen und Wähler auf: Bitte gehen Sie wählen! Bitte geben Sie Ihre beiden Stimmen der CDU und sagen Sie Nein zur rot-roten Koalition. Für sichere Arbeitsplätze, solide Finanzen, gute Bildung, Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und einen starken Zusammenhalt!

Ihr

D. Fichell

Neues aus dem Wahlkreis

Den Helfern auch einmal etwas zurückgeben - Danny Eichelbaum überreicht Scheck an Förderverein der Freiwilligen Feuerwehr

Die Ludwigsfelder Feuerwehr wird nicht nur von den Bürgern der Stadt, sondern auch in der Region, als eine der leistungsstärksten und besonders gut ausgerüsteten wahrgenommen. Das erlebt Stadtwehrführer André Schütky immer wieder in Gesprächen mit Bürgern, in Begegnungen mit anderen Kameraden oder mit Mitgliedern der Stadt- und Kreisverwaltung. Aber die beste Ausrüstung nutzt im Ernstfall nichts, ohne Feuerwehrleute, die sie bedienen und ihr Leben zum Schutz des Lebens und des Eigentums anderer einsetzen. Auch der Kreistagsabgeordnete Danny Eichelbaum traf bei seiner politischen Arbeit immer wieder Kameraden aus Ludwigsfelde – auch André Schütky.

Durch Gespräche mit Mitgliedern des Fördervereins wurde er auf dessen außerordentliches Engagement aufmerksam. "Ich habe Herrn Schütky als besonders fleißigen und immer ansprechbaren Partner bei der Freiwilligen Feuerwehr in Ludwigsfelde kennen gelernt. Jedes Fest, jeder Einsatz und jede Übung wird von ihm unermüdlich organisiert und durchgeführt. Er hat sich als Kopf der freiwilligen Feuerwehr nach innen und außen etabliert. Egal welchen Teil des Landes Brandenburg ich in meiner Tätigkeit als Abgeordneter besuche, die Ludwigsfelder Feuerwehr und damit verbunden auch André Schütky sind ein bekanntes Markenzeichen der Stadt", so Danny Eichelbaum.



Man habe häufig den Eindruck, dass dieser, neben seinem Beruf in der Stadtverwaltung, nur im Dienste der Feuerwehr steht,

ergänzte er. Gerade die dadurch verbundene Opferung seiner Freizeit sollte von Seiten des Fördervereins der Freiwilligen Feuerwehr einmal außerordentlich gewürdigt werden. "Daher habe ich dem Förderverein vorgeschlagen, Herrn Schütky und seiner Frau eine Erholungsreise zu Gute kommen zu lassen, für die ich gerne heute einen Teil der Kosten als zweckgebundene Spende an den Förderverein übernehmen möchte", überraschte der Abgeordnete den Stadtwehrführer am 13. August.

Auch die Zusammenarbeit zwischen der Freiwilligen Feuerwehr und dem Förderverein habe sich stark verbessert, seit André Schütky die Position des Stadtwehrführers der Stadt Ludwigsfelde übernommen hat, das habe er in Gesprächen mit Fördervereinsmitgliedern erfahren, begründete Danny Eichelbaum seine Entscheidung und erklärte abschließend: "Viele Bürger vergessen leicht, dass Menschen wie André Schütky einen Großteil ihrer Freizeit opfern, um für die Bürger im Ort Hilfe leisten zu können oder ihnen mit unzähligen Festen einen angenehmen kulturellen Rahmen zu bieten. Auch dafür gilt es Herrn Schütky sowie den vielen anderen Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr zu danken. Es ist ein gutes Gefühl, solch eine Leistung auch einmal offen anzuerkennen und zu unterstützen."

Der Stadtwehrführer reagierte sehr überrascht über diese unerwartete Anerkennung. "Ich freue und bedanke mich dafür, sehe es aber auch als eine Anerkennung für die Arbeit aller Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr."

Quelle: Blickpunkt Ludwigsfelde 06. September 2014

Feste und Veranstaltungen der letzten Wochen



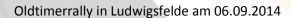
Dorffest und 80 Jahre Feuerwehr in Glau am 06.09.2014

Kaffeeklatsch im Clubhaus Ludwigsfelde am 03.09.2014





2014 Dorffest und 80 Jahre Feuerwehr in Ahrensdorf am 06.09.2014





Siegesfest in Großbeeren am 23.08.2014

Feuerwehr- und Rollerparade beim Gröbener Dorffest

Riesiges Fahrzeugaufgebot zum 80. Geburtstag der FFW des Ludwigsfelder Ortsteils

Eigentlich hatte sich die neue Ortsbürgermeisterin Stefanie Heyden schon für ein Gefährt entschieden, mit dem sie am Umzug zum 80. Geburtstag ihrer Ortsteilwehr (sie ist im Übrigen das einzige weibliche Mitglied der FFW Gröben) teilnehmen wollte. feuerwehrrote Schwalbe, Stüdemann extra für das Jubiläum gebaut hatte stand ihr auch gut zu Gesicht und die Aufregung war ihr kaum anzumerken. Dennoch meinte sie: "Es ist schon ziemlich spannend, wenn man das erste Mal die komplette Organisation eines Dorffestes, und dann gleich mit Feuerwehrjubiläum, vor sich



hat. Zum Glück waren die Feuerwehr und die Gröbener Landfrauen bei der Organisation großartige Partner. Dafür meinen herzlichen Dank." Dann stieg sie aber doch in den Kremser zu Bürgermeister Frank Gerhard und den Kreistags-Mitgliedern Helmut Barthel und Danny Eichelbaum.

Die "Feuerwehrschwalbe" übrigens hatte Ingo Stüdemann für die große Rollerparade gebaut, die die Dorfstraße säumte. Gemeinsam mit Niklas Willenberg zeichnete er für die dicht umlagerte motorisierte Ausstellung verantwortlich, in deren Mitte auch ein "Krause Duo" und (als Gast)eine große "Goldwing"-Maschine zu finden waren. Indessen konnten sich Dorfbewohner und Gäste über den langen Zug der Feuerwehren aus Ludwigsfelder Ortsteilen und von befreundeten Wehren freuen. Ganz vorn, gleich hinter dem Neuseddiner Spielmannszug, waren auch historische Fahrzeuge (z.B. eine Spritze aus dem Jahr 1896, von Pferden gezogen oder ein "Famulu" aus den 60ern) dabei und sogar eine "Feuerwehrfrau" von damals (?), die viel Heiterkeit erregte. Die größte Freude jedoch brachte das neue Mercedes Lösch-Fahrzeug, das Bürgermeister Frank Gerhard und Stadtwehrführer André Schütky an Ortswehrführer Jörg Geißler und Gröbener Kameraden übergaben.

Und dann wurde gefeiert mit Kaffee und Kuchen von den Gröbener Landfrauen, offenen Höfen, Handwerker- und Marktständen (wie z.B. hübsche Verpackungs- und Geschenkideen von "EinfallsReich" oder Filzen beim "Ideen-Monster") und zünftiger Blasmusik von den "Nieplitztalern". Für die Jüngsten gab es Schminken, Hüpfburg, Pony-Reiten und Clownerie. Am Spätnachmittag lockte irische Volksmusik viele Gäste in die Gröbener Dorfkirche und den krönenden Abschluss bildete schließlich das Feuerwerk. A.R.

Quelle: www.ludwigsfelde.de, 05.09.2014

Impressionen aus der "heißen Phase des Wahlkampfes"



Infostand in Großbeeren am 06.09.2014



Infostand in Ludwigsfelde am 05.09.2014

Für Sie unterwegs – in Sperenberg und Trebbin am 03.09.2014







Besuch der Agrargenossenschaft Trebbin mit Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) am 31.08.2014

Rote Mützen für Erstklässler - Mädchen und Jungen der Ottfried-Preußler-Schule wurden ausgestattet

Großbeeren. Auch in diesem Schuljahr gibt es für die rund 21.500 Erstklässler in Brandenburg neue knallrote Schirmmützen mit Reflektoren. Dies wurde möglich dank der Kooperation des Verkehrsministeriums mit dem DEKRA, der Landesverkehrswacht und der Unfallkasse. Am 25.

August hat die Schule im Land Brandenburg wieder begonnen und die Einschulung ist für die Mädchen und Jungen jedes Jahr ein besonderes Erlebnis. Auch Autofahrer müssen sich nach den Sommerferien wieder der neuen Situation anpassen. Der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum appelliert an alle Straßenverkehrsteilnehmer, in der Schulanfangszeit besondere Vorsicht- und Rücksicht walten zu lassen.



"Schulanfänger sind immer auch Verkehrsanfänger und gehören aufgrund

ihres Alters und Entwicklungsstandes zu den schwächsten Verkehrsteilnehmern", so der Politiker. "Nehmen Sie daher Rücksicht und fahren Sie in Schulgebieten besonders vorsichtig." Nicht nur Eltern, sondern auch die Verkehrswachten und die Polizei widmen ihnen daher besondere Aufmerksamkeit.

Mit leuchtend-roten Mützen der Verkehrswacht Teltow Fläming wurden die Erstklässler der Ottfried-Preußler-Schule in Großbeeren am 28. August ausgestattet. Die Schulanfänger sollen so auf dem Schulweg besser erkannt werden und die Autofahrer sollen so in unmittelbarer Nähe von Schulen an eine vorausschauende und rücksichtsvolle Fahrweise erinnert werden. Die Zahl der Unfälle in der Altersgruppe bis 15 Jahre ist in Brandenburg rückläufig. Am häufigsten verunglücken Kinder als Mitfahrer in Autos. jr

Quelle: Blickpunkt, 28.08.2014

Geo-Pfad wird wieder gepflegt - Landkreis reagiert auf Kritik am katastrophalen Zustand des touristischen Vorzeigeprojekts

Sperenberg/Klausdorf - Völlig verwildert ist nicht nur der Klausdorfer Zugang zum Boden-Geo-Pfad. Wildwuchs, fehlende oder dreckige Hinweisschilder und eine kaputte Holztreppe sind weitere Zeichen für den katastrophalen Zustand des einstigen touristischen Vorzeige-Objektes. "Hier besteht dringender Handlungsbedarf", sagt Danny Eichelbaum (CDU). Deshalb setzte er das Thema auf die Tagesordnung der jüngsten Sitzung des von ihm geleiteten Kreistagsausschusses für Umwelt- und Landwirtschaft.

Darauf hatte der Sperenberger Ortsvorsteher Lutz Lehmann (CDU) gedrungen. Der Kreistagsabgeordnete sitzt auch in der Gemeindevertretung Am Mellensee. Dort und in der MAZ prangerte Lehmann den zunehmenden Verfall des Boden-Geo-Pfades an den Sperenberger Gipsbrüchen und den Klausdorfer Tongruben an. "Es ist völlig inakzeptabel, dass bereits seit 2012 die Unterhaltung und Sicherung des Boden-Geolehrpfades vom Landkreis Teltow-Fläming als Träger nicht mehr gewährleistet wird", sagt Danny Eichelbaum. Schließlich sei der mit

Fördermitteln finanzierte Lehrpfad eine wichtige touristische Attraktion in der Region, die erhalten werden müsse. Deshalb sei er froh, dass die Kreisverwaltung die Kritik aufgenommen habe und jetzt aktiv werde. "Eine Lösung ist endlich in Sicht."

Wie diese Lösung aussieht, schildert der für den in der Kreisverwaltung mit dem Boden-Geo-Pfad befasste Mitarbeiter Carsten Preuß. Ab September seien drei zeitlich befristete Arbeitsstellen für die Beseitigung der Schäden bewilligt worden. Um solche Stellen habe man sich für 2013 und zuvor auch für 2014 vergeblich bemüht. "Die letzte Maßnahme ist Ende 2012 ausgelaufen." Bis dahin habe der mit 57 000 Euro Fördermitteln gebaute und im Sommer 2008 eröffnete Lehrpfad einen hervorragenden Zustand gehabt. "Leider mussten wir feststellen, dass die Pflege nicht allein mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen funktioniert". Deshalb wolle man für 2015 einen Garten- und Landschaftsbetrieb damit beauftragen, dem Pfad zwei Mal einen grünen Grundschnitt zu verpassen. Das würde rund 5000 Euro kosten, die im Kreishaushalt einzustellen wären. Was die kaputte Holztreppe betreffe, wolle man für die Reparatur den Bauhof des Landkreises einsetzen. "Weiter möchten wir für die Reparatur der Treppe auch den Bauhof der Gemeinde Am Mellensee mit ins Boot holen", sagt Preuß. Das habe man Bürgermeister Frank Broshog (parteilos) in einem Brief mitgeteilt. "Die sieben Mitarbeiter unseres Bauhofes haben mehr als genug zu tun", sagte Broshog gestern. Er erwarte, dass eine Fachfirma die Treppe repariere, um die Sicherheit für die Besucher des Boden-Geo-Pfades zu gewährleisten. Das habe er Landrätin Kornelia Wehlan (Linke) in einem Brief mitgeteilt.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 22.08.2014

"Hochstapler" in Christinendorf - Das Dorffest fiel in diesem Jahr eine Nummer größer aus, weil zeitgleich die Feuerwehr ihr 80-jähriges Bestehen feierte

Christinendorf - In Christinendorf war am Sonnabend jede Menge los. Der Ort feierte sein Dorffest und die freiwillige Feuerwehr gleichzeitig ihr 80-jähriges Bestehen. Ortswehrführer Maik Kolberg verwies stolz darauf, dass innerhalb des vierten Zuges - dazu gehören die Feuerwehren Lüdersdorf, Wiesenhagen, Kliestow und Christinendorf - eine Jugendfeuerwehr aufgebaut wird. Fünf Jugendliche konnten bereits gewonnen werden.

Mit dabei sind Johannes Henschel und Erik Liefeld aus Kliestow. "Erik ist so etwas wie der Maschinist der jungen Truppe", sagt sein Großvater Eberhard Liefeld, der selbst Feuerwehrmann und über mehrere Jahre Kliestower Ortswehrführer war. Eine Mini-Tragkraftspritze, die zuvor eigens für die Jugendlichen angeschafft worden war, kam beim Dorffest zum Einsatz.

Die Wehr aus Glau gehörte zu den elf Feuerwehren, die zur Jubiläumsfeier angereist waren. Die Kameraden boten die beliebte

Geschicklichkeitsübung des Kistenstapelns an. Der acht Jahre alte Elia Fleischfresser schaffte einen Turm von 14 Kisten, sein drei Jahre älterer Bruder Noah brachte es auf 20.

Im "Hochstapeln" probierten sich auch Trebbins Bürgermeister Thomas Berger sowie der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum (beide CDU).

Letzterer kletterte auf 14 Kisten, bevor der Wind seinen Turm hinwegfegte. "Mit roten Kisten konnte das ja nicht gut gehen", scherzte er. Maik Kolberg und sein Vorgänger Bernd Kiether betrachteten die Sache vom sicheren Boden aus. Kiether, mit 64 Jahren der Älteste der 20 Kameraden der Christinendorfer Wehr, wird noch in diesem Jahr damit beginnen, eine Altersund Ehrenabteilung aufzubauen.

Ortsvorsteher Karl-Georg Behm nutzte die Feier, um ein paar Wünsche loszuwerden: "Ein Radweg zwischen Christinendorf und Trebbin wäre nicht schlecht. Auch einen vernünftigen Sport- und Kinderspielplatz könnten wir gebrauchen. Aber gut, alles ist nicht machbar. Wir sind froh, dass die Straße Im Strumpf grundsaniert wird."

Zum Dorffest gehörten wieder der Auftritt der "Fröhlichen Sänger von Christinendorf" und leckerer Kuchen, gebacken von den Freunden des Chores. Die Einnahmen kommen der Kita zugute. Der Ortsbeirat dankte allen Sponsoren, ohne deren Unterstützung das Fest nicht in diesem Umfang zustande gekommen wäre.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 18.08.2014

Hauptforderung bleibt: Sicherheit erhöhen - Revierposten muss personell aufgestockt werden

Die Kriminalitätsraten im Norden des Landkreises steigen jedes Jahr. Bürger beschweren sich über ein gesteigertes Gefühl der Unsicherheit in der Gemeinde Großbeeren und den Nachbargemeinden. Im Ortsteil Diedersdorf der Gemeinde Großbeeren wurde jetzt ein Hinweisschild "Stopp dem Diebstahl" an einem der besonderen Schwerpunkte von Einbrüchen

in Kraftfahrzeuge im Gemeindegebiet - dem Parkplatz am Friedhof des Ortsteils Diedersdorf - aufgestellt. Unter Beteiligung Bürgermeisters Carl (parteilos), der beiden Revierpolizisten, Jens Maßow und Ingo Herbert, sowie des Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum (CDU) und den CDU Gemeindevertretern Manfred Seelig und Dirk Steinhausen und zahlreichen Pressevertretern wurde das Schild der Initiative "Stopp dem Diebstahl" "Weisser Ring", Vereins dessen Landkreisvertreter, Walter Meyer, ebenfalls zugegen war, offiziell eingeweiht.



Es ergab sich daraus sofort eine Diskussion über die Sicherheit in der Region, wobei Danny Eichelbaum darauf hinwies, "dass die massiven Verschlechterungen durch die vom SPD-Innenministerium durchgeführte Polizeireform verursacht wurden. Wir brauchen eine Veränderung und wer mehr Sicherheit möchte, muss die Landesregierung abwählen. Deutlich wird auch hier die wichtige Arbeit der "Opfervereinigung Weisser Ring". Der pensionierte Polizist Manfred Seelig (CDU) ergänzt, "nichts geht über mehr Polizeipräsens. Der Abbau von Einsatzkräften muss gestoppt werden."

Gerade der Norden des Landkreises ächzt unter den gestiegenen Einbruchszahlen. Die Fallzahlen steigen seit Jahren und die Aufklärungsquoten nehmen immer weiter ab. "Wir

schärfen zwar das Bewusstsein der Bürger durch ein Schild, lösen aber nicht das Problem," erläutert Dirk Steinhausen, CDU Fraktionschef in Großbeeren.

Schon jetzt steht fest, dass weitere Hinweisschilder an vergleichbaren Schwerpunkten in der Gemeinde Großbeeren folgen sollen. "Wir werden uns politisch dafür einsetzen, dass gerade auf unseren Parkplätzen, verstärkt mit den Schildern "Stoppt den Diebstahl", "Lassen Sie keine Wertsachen im Auto" auf mögliche Einbrüche hingewiesen wird," so Steinhausen weiter.

Im Anschluss wurde der neue Revierposten in Großbeeren vorgestellt. Die Revierpolizisten waren bisher im Dachgeschoss des Rathauses untergebracht. Vor einigen Tagen haben sie ihr neues Domizil bezogen. Es ist das ehemalige Tourismusbüro in der "Alten Molkerei" direkt neben dem Rathaus. Hell, freundlich, barrierefrei und transparent sind die Räumlichkeiten. Der Komfort ist gestiegen, der Umzug macht auch eine Kundenwartezone möglich. "Unser Revierposten wird damit deutlich aufgewertet", so der Bürgermeister Carl Ahlgrimm. "Die Hauptforderung kann nur sein die Sicherheit zu erhöhen. Hierzu gehört auch eine ausreichende Personalausstattung," stellt Dirk Steinhausen fest. Bereits vor fünf Jahren, beim Spatenstich für die Justizvollzugsanstalt (JVA) "Heidering", hatte die CDU Großbeeren gefordert die Anzahl der Revierposten den gesteigerten Sicherheitsbedürfnissen der Region anzupassen. Inzwischen ist die JVA fast ein Jahr in Betrieb. "Heidering läuft, das Güterverkehrszentrum entwickelte sich zum Jobmagnet und wird langfristig auf 10.000 Arbeitsplätze anwachsen. Diese beiden Faktoren allein rechtfertigen mehr Personal. Wir halten an der Forderung nach einer personellen Vergrößerung von zwei auf drei Revierpolizisten fest", so Steinhausen abschließend.

Quelle: Pressemitteilung, 19. August 2014



Internationales Rollertreffen Ludwigsfelde am 24.08.2014

Arbeitsgespräch mit dem Ortsbeirat von Gröben am 18.08.2014



CDU Gedenken an Mauerbau-Gegen das Vergessen

Anlässlich des 53. Jahrestages des Mauerbaues gedachten die Mitglieder der CDU Großbeeren und der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum in Heinersdorf der 1600 Menschen, die an der innerdeutschen Grenze für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit an der innerdeutschen Grenze ihr Leben verloren haben und der 75.000 Menschen, die wegen Republikflucht vor DDR Gerichte gestellt wurden und in Stasi-Gefängnissen schlimmste Repressalien erdulden mussten.

In seiner Ansprache wandte sich der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Michael Richter (CDU) gegen Geschichtsfälschung und Geschichtsvergessenheit. "Die Mauer war kein antifaschistischer Schutzwall, sie war ein zu Stein gewordener Ausdruck für Unterdrückung und Unrecht. Der Schrecken und das Leid, welche Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl über die Menschen brachten, darf nicht in Vergessenheit geraten.

Befragungen ergeben, dass Schülerinnen und Schüler heute nichts mit dem Datum 13. August 1961 oder dem Begriff "Berliner



Mauer" anfangen können. Sie wissen nicht, dass das DDR-Regime einen Schießbefehl erlassen hatte, durch den allein an der Berliner Mauer 125 Menschen getötet wurden, wobei 80 Prozent der Opfer jünger als 30 Jahre alt waren. Das letzte Opfer, das am 5. Februar 1989 an der Berliner Mauer erschossen wurde, war der erst 20jährige Chris Gueffroy."

"Es ist vor allem eine Aufgabe der Schulen, dieses Thema intensiv zu behandeln. Zeitzeugen können dazu beitragen, dass die Erinnerung an das Grauen an der innerdeutschen Grenze erhalten bleibt. Auch Klassenfahrten zu einer der Gedenkstätten, die an die Verbrechen des SED-Regimes erinnern, sollten zur Pflichtveranstaltung im Geschichtsunterricht gehören. Die Landesregierung ist aufgefordert, für diese wichtige und notwendige Aufgabe die Kosten zu übernehmen. Das wäre eine wertvolle Investition in die Demokratieförderung der Schülerinnen und Schüler", ergänzte Danny Eichelbaum.

Quelle: Pressemitteilung, 14. August 2014



13.8.2014 Verabschiedung von Anke und Dieter Bergemann als Gastwirte der Kleinen Bauernstube in Gröben

Landtagsabgeordneter Danny Eichelbaum begrüßt beabsichtigten Neubau der Polizeiwache in Ludwigsfelde

Zur heutigen von Innenminister Ralf Holzschuher unterzeichneten Absichtserklärung zum Neubau der Polizeiwache in Ludwigsfelde erklärt der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum:

"Ausdrücklich begrüße ich den beabsichtigten Neubau der Polizeiwache in Ludwigsfelde. Jetzt müssen den Worten aber auch Taten folgen. Ich hoffe, die heutige Unterzeichnung der Absichtserklärung 6 Wochen vor den Landtagswahlen war nicht nur ein Wahlkampfmanöver. Die Polizisten und die Bürger in unserer Region warten seit Jahren auf den dringend notwendigen Neubau der Polizeiwache in Ludwigsfelde.

Wir brauchen gleichzeitig Polizeiwachen, die für die Bürger 24 h erreichbar sind und einen Stopp der rot-roten Polizeireform, die den Abbau von hunderten Polizeistellen vorsieht. Im Jahr 2010 habe ich bereits dem damaligen SPD Innenminister Speer eine Unterschriftensammlung im Landtag übergeben. Über 3000 Bürgerinnen und Bürger aus der Region Ludwigsfelde bezeugten bereits damals mit ihrer Unterschrift auf der Unterschriftenliste und der Homepage: www.prowache-ludwigsfelde.de, dass sie weitere Einsparungen bei der Sicherheit nicht hinnehmen werden!"

Quelle: Pressemitteilung, 08. August 2014

Bundesregierung hält Wort - Ortsumfahrung Thyrow kann endlich gebaut werden!

Zur heutigen Freigabe der finanziellen Mittel für den Bau der Ortsumfahrung Thyrow der B 101 durch den Bund erklärt der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum:

Die letzte Hürde ist genommen. Nach Verzögerungen und Pannen beim Planfeststellungsverfahren hat der Bund nun die Gelder für den Bau der Ortsumfahrung Thyrow frei gegeben. Für das fünf Kilometer lange Teilstück ist ein Investitionsvolumen von 33 Millionen Euro veranschlagt. Im Rahmen einer Mitfinanzierung beteiligt sich der Landkreis Teltow-Fläming mit rund 6 Millionen Euro an den Kosten. Der jahrelange Kampf hat sich gelohnt. Der Bund hat Wort gehalten. Die letzte Lücke der B 101 wird nun geschlossen. Für Berufspendler und Unternehmen gibt es kürzere Fahrtzeiten.

Früher, als erwartet, kann bereits 2014 mit dem Bau begonnen werden. Mein Dank gilt den vielen Mitstreitern im Landkreis, im Land und im Bund, vor allem der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium, Katherina Reiche und Trebbins Bürgermeister, Thomas Berger."

Quelle: Pressemitteilung, 29. Juli 2014

Der Kaffeeklatsch on Tour in Schiaß am 02.07.2014



Die Kindertagesstätten benötigen dringend mehr Personal

Am 20. Juni 2014 absolvierte der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum ein Praktikum in der Kita FRÖBEL-Kindergarten "Kinderland", in Ludwigsfelde.

Mit der Aktion wollte der Abgeordnete aus dem Landkreis Teltow-Fläming auch auf die unzureichende Personalausstattung der Kindergärten im Land Brandenburg aufmerksam machen. Brandenburg hat bundesweit den schlechtesten Betreuungsschlüssel in den Kitas. Bei den 3-6 jährigen Kindern ist nur eine Erzieherin für 12 Kinder verantwortlich, bei den unter dreijährigen Kindern ist es eine Erzieherin für 6 Kinder. In diesem Schlüssel enthalten sind aber auch die Zeiten für Vor und Nachbereitung, Elterngespräche Urlaub und Krankheit.

Kinder sind unsere Zukunft und gerade die frühkindliche Bildung ist der Schlüssel für die weitere Entwicklung der Kinder, deshalb muss das Land die Personalausstattung in den Kitas dringend verbessern, damit unsere Kinder die besten Bildungschancen erhalten. Dafür muss das Land mehr Geld in die Hand nehmen, so Eichelbaum. Wir fordern ein Konzept, das darlegt, wie der Personalschlüssel auf Bundesdurchschnitt gebracht werden kann. Für Landtagsabgeordneten ist es nicht das erste Praktikum in einer Kita, bereits 2012 unterstützte er die Erzieherinnen der Kita



Löwenzahn in Großbeeren. In Ludwigsfelde habe ich aufgeweckte Kinder und außerordentlich engagierte Erzieherinnen kennengelernt. Für eine gute pädagogische Betreuung fehlt aber in der Einrichtung genügend Personal.

Ich möchte, dass jedes Kind in Brandenburg schon im frühen Alter gefördert wird. Dazu gehören die auskömmliche Finanzierung unserer Kitas, ein guter Betreuungsschlüssel und der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem ersten Geburtstag. In Brandenburg liegt bei der Finanzierung unserer Kitas einiges im Argen – es ist fraglich, ob das verabschiedete Landeskitagesetz überhaupt verfassungskonform ist. Statt die bereit gestellten Mittel des Bundes für die Betriebskosten unserer Kitas vollumfänglich an die Kommunen weiterzugeben, behält das Land 80 Prozent ein – eigene Investitionsmittel vergibt das Land überhaupt nicht.

Quelle: Pressemitteilung, 26. Juni 2014



Fischerfest in Mellensee am 27.07.2014

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Umzug in das neue Heim - Ankunft der Flüchtlinge in Jüterbog. Die ersten werden aus Luckenwalde umgesiedelt. Kreis sucht mehr Wohnmöglichkeiten

Jüterbog - Die Zahl der Flüchtlinge, die in Deutschland Asyl beantragen, steigt an. Auch im Kreis Teltow-Fläming werden zu den hier lebenden 440 Flüchtlingen noch in diesem Jahr insgesamt 400 dazukommen, 200 davon wurden bereits aufgenommen. Gestern kamen die ersten Flüchtlinge in Jüterbog an. Mit dem 1. September wurde das Übergangswohnheim für Asylbewerber am Waldauer Weg wiedereröffnet. Neun Jahre stand das Gebäude leer. In den vergangenen Monaten wurde es gründ- lich saniert. Seit gestern treffen die ersten Bewohner ein - und im Laufe dieses Monates werden etwa 100 Flüchtlinge einziehen, die bislang in einem der beiden Luckenwalder Wohnheime untergebracht waren. Dort besteht dringender Sanierungsbedarf.

Die Firma Campanet aus Freiberg in Sachsen betreibt mehrere Übergangswohnheime, nun auch das in Jüterbog. Projektleiter Matthias Schulz empfing gestern gemeinsam mit Heimleiter Heinz Döring, der Sozialbetreuerin Christine Geister und Hausmeister Dietmar Geister die künftigen Bewohner auf Zeit. Sie erhielten zunächst ihre Zimmerschlüssel, eine Hausordnung, einen Stadtplan und eine Grundausstattung an Hausrat. Die Betreuer werden in den nächsten Tagen herausfinden, an welcher Stelle sie helfen, welche Kontakte sie vermitteln können.

In Jüterbog beschäftigt man sich nach der jahrelangen Pause seit mehreren Monaten wieder mit dem Thema Asylbewerber. Denn obwohl der Landkreis Träger der Übergangswohnheime ist, hat die jeweilige Kommune, in dem Fall die Stadt Jüterbog, dafür zu sorgen, dass Flüchtlingskinder in die Schule gehen oder in der Kita betreut werden können. Als eine "Herausforderung an die soziale Infrastruktur" bezeichnet Guido Kohl, der zuständige Sachgebietsleiter im Sozialamt des Kreises, diese Aufgabe. Derzeit besuchen 55 Kinder von Asylbewerbern im Kreis die Schule, bislang an den Standorten in Ludwigsfelde und Luckenwalde (die MAZ berichtete), zehn Kinder gehen in Kitas.

"Die derzeit zu erwartende Anzahl der Flüchtlinge halte ich für eine Stadt wie Jüterbog für verkraftbar", sagte Bürgermeister Arne Raue (parteilos) auf MAZ- Nachfrage. Tatsächlich gibt es im Moment keine Pläne, weitere Asylbewerber in Jüterbog unterzubringen. Wohnungen sind in der Stadt nicht belegt, im Norden des Kreises allerdings schon. Dort werden derzeit Standorte für neue Übergangswohnheime gesucht. "Wir versuchen, die Heime im Landkreis nach der Bevölkerungsdichte zu verteilen", erklärt Guido Kohl die Vorgehensweise des Kreises. Ziel: die zusätzliche Belastung für die Kommunen gering halten.

Für das Heim in Ludwigsfelde, in dem 120 Flüchtlinge wohnen und das aus planerischen Gründen 2016 geschlossen werden soll, wird ein Ersatzstandort gesucht. Dies alles bedeutet Aufwand und kostet Geld. Deshalb fordert der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum (CDU) mehr Unterstützung von der Landesregierung - darüber hinaus auch für die Integration, etwa für Kinderbetreuung oder Sprachkurse. "Die Kommunen dürfen vom Land nicht im Stich gelassen werden", sagte er und kritisierte, dass sich die Landesregierung und die Landräte sowie die Oberbürgermeister bei einem Treffen im Sommer nicht über konkrete Maßnahmen verständigt hätten.

Ehrenamtliche Helfer können zwar keine großen Probleme lösen, aber immer den Flüchtlingen, die das wollen, die Hand reichen und ihnen das Einleben erleichtern. So etwas hat sich bereits bewährt. In Luckenwalde gab es schon länger Paten, darunter auch die Jüterboger Stadtverordnete Maritta Böttcher (Linke). Nicht nur sie hofft auf eine menschliche Willkommenskultur. "Es kann sich lohnen, nicht zuerst Asylbewerber oder Fremde zu sehen, sondern neue Nachbarn ", sagt auch Monique Tinney, Ausländerseelsorgerin in Potsdam. "Denn neben dem, was fremd und anders ist, gibt es auch immer Gemeinsamkeiten."

Beauftragte der Kirche, Verwaltung und Politik sind, seitdem die Flüchtlinge in Jüterbog angekündigt wurden, in Kontakt. Gemeinsam mit dem Kreis wurde im Mai ein Fest der Toleranz ausgerichtet, darüber hinaus fand auch eine Bürgerversammlung statt. Welche Bedürfnisse, Wünsche oder Probleme es in dem neu eröffneten Heim in Jüterbog geben könnte, wird sich in den nächsten Wochen zeigen. Die erfahrenen Betreuer sind jedenfalls auf Gespräche eingestellt - in Gruppen oder einzeln, je nachdem, wie es die Bewohner wünschen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 09.09.2014

Kadetten-WM-Bronzemedaillengewinner Ilja Matuhin beim LSC geehrt - Ein neuer Stern am Ringer-Himmel

Matuhin ist ein bekannter Name in Luckenwalde, wenn es um erfolgreiches Ringen geht. Das Talent liegt in der Familie. Nick Matuhin zählt zu den besten Ringern Deutschlands. Nun tritt der 17-jährige Bruder in seine Fußstapfen. Am Wochenende hat der bei den Kadetten-Weltmeisterschaften in der Slowakei Bronze geholt.

Luckenwalde. Der Name Matuhin steht in Luckenwalde für erfolgreiches Ringen. Bisher diesem Zusammenhang ausschließlich von Nick Matuhin die Rede. Der 24-jährige Superschwere zählt zu den besten Ringern Deutschlands. Nun bekommt Nick aber Konkurrenz aus der eigenen Familie. Sein jüngerer Bruder Ilja tritt in seine Fußstapfen. Der 17-Jährige gewann am Wochenende bei den Kadetten-Weltmeisterschaften in Snina (Slowakei) die Bronzemedaille in der Gewichtsklasse bis 85 berichtete). Kilogramm (die MAZ Dienstagabend wurde der erfolgreiche



Nachwuchsringer in Luckenwalde auf einem Empfang von Eltern, Freunden, Trainingskameraden und LSC-Offiziellen in seiner Heimat willkommen geheißen und der Erfolg gefeiert.

Ilja gehört zu den besten Nachwuchsringern

"Ilja Matuhin gehört mit zu den besten Nachwuchsringern der Welt, darauf können wir alle stolz sein. Er ist ein Aushängeschild für Luckenwalde und Teltow-Fläming", erklärte Landesverbandspräsident Danny Eichelbaum. "Ich habe mich riesig über seinen 3. Platz bei der Kadetten-WM gefreut. Seine Bronzemedaille ist auch ein Beleg für die gute Nachwuchsarbeit im Bundesleistungsstützpunkt Ringen in Luckenwalde."

Der neue Stern am LSC-Himmel fühlte sich geehrt und gab sich bescheiden. In einer kurzen Rede bedankte sich Ilja Matuhin bei allen, die ihn auf seinem bisherigen sportlichen Weg begleitet und unterstützt haben.

WM-Medaille im Kadettenberich gab vorher lange nicht mehr

"Das war schon eine tolle Leistung, die Ilja vollbracht hat", sagte sein Heimattrainer Heiko Röll vom Leistungsstützpunkt der Kreisstadt. Eine WM-Medaille im Kadettenbereich, das gab es nach seinen Worten für einen Luckenwalder Ringer schon lange nicht mehr.

Knapp im Halbfinale gescheitert

In Snina war am Wochenende für Ilja Matuhin sogar die Finalteilnahme möglich. Seinen Auftaktkampf gewann der Luckenwalder gegen den slowakischen Lokalmatadoren Thomas Krupjak souverän. Anschließend warf er im Achtelfinale auch den Südafrikaner Wesley Butters mit technischer Überlegenheit (10:0 Wertungspunkte) aus dem Rennen. Im Viertelfinale stand Ilja Matuhin dem Georgier Mogeli Mezvrisvili gegenüber. Sein Gegner lag in Führung, verlor am Ende des Duells aber die Nerven. Wegen einer Tätlichkeit gegen den DRB-Ringer wurde der Georgier disqualifiziert. Damit stand der Luckenwalder im Halbfinale, wo er auf Semih Yazici (Türkei) traf, gegen den er nach einem dramatischen Kampfverlauf mit 5:6 Wertungspunkten unterlag. Das Duell um die Bronzemedaille gewann Ilja Matuhin gegen den Armenier Hovhannes Mkhitaryan und sicherte sich damit WM-Edelmetall.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 24.07.2014

"Chance für einen Neuanfang" - CDU-Abgeordneter Danny Eichelbaum sieht Nachholbedarf beim Landesentwicklungsplan

MAZ: Das Oberverwaltungsgericht hat im Juni den Landesentwicklungsplan für die Länder Berlin und Brandenburg für unwirksam erklärt. Mit welcher Begründung?

Danny Eichelbaum: Die Stadt Dahme hatte gemeinsam mit 16 anderen kleinen Gemeinden gegen die Rechtsverordnung geklagt, weil das Land den Förderstatus von 100 kleinen Gemeinden im ländlichen Raum abgeschafft hat. Brandenburg ist somit das einzige Bundesland ohne Grundzentren. Das Oberverwaltungsgericht urteilte, dass der Landesentwicklungsplan gegen die Verfassung des Landes Brandenburg verstößt. Noch ist das Urteil aber nicht rechtskräftig, die Landesregierung versucht, Rechtsmittel dagegen einzulegen.

Welche Kommunen im Kreis Teltow-Fläming werden gefördert?

Eichelbaum: Das sind Jüterbog, Luckenwalde, Ludwigsfelde und Zossen. Diese Mittelzentren erhalten eine jährliche Förderung in Höhe von 800 000 Euro vom Land, um das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben im Umland mit abzusichern.

Wieso gibt es dagegen Protest?

Eichelbaum: Schon bei der Verabschiedung des neuen Landesentwicklungsplanes im Jahr 2009 haben unter anderen die Bürgermeister von Trebbin, Baruth, Rangsdorf, Blankenfelde-Mahlow und Dahme in einem offenen Brief an den Landtag und die Landesregierung auf die

Benachteiligung des ländlichen Raumes hingewiesen. Völlig unverständlich war, warum die größte Gemeinde des Landkreises, Blankenfelde-Mahlow, nicht Mittelzentrum geworden ist.

Was regelt der Landesentwicklungsplan Brandenburg?

Eichelbaum: Er bestimmt nicht nur, welche Orte als Mittel-und Oberzentren eine finanzielle Förderung für die Daseinsvorsorge im Land erhalten, sondern legt unter anderem auch die raumordnungsrechtlichen Ziele für die Verkehrspolitik, die Umweltpolitik, die Energiepolitik und die Bauleitplanung fest und ist ebenso gesetzliche Grundlage für den Teilregionalplan Windenergie der Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming. Alle Gemeinden und Kreise sind daran gebunden.

Welche Auswirkungen hat das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes für unsere Region?

Eichelbaum: Sollte das Urteil rechtskräftig werden, könnte es dazu kommen, dass die Mittelzentren ihre finanzielle Zusatzförderung zurückzahlen und die Planungen der Gemeinden und des Landkreises, die auf den Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg aufbauen, überarbeitet werden müssten. Davon wäre unter Umständen auch die Ausweisung von Windkraftgebieten betroffen.

Müsste die Planung dann nicht völlig überarbeitet werden?

Eichelbaum: Wir haben die Chance für einen Neuanfang. Der Landesentwicklungsplan sollte auf völlig neue Beine gestellt werden. Der ländliche Raum darf nicht abgehängt werden. Auch kleine Gemeinden brauchen eine eigene finanzielle Förderung, um die Daseinsvorsorge abzusichern, zum Beispiel Bildungs-, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen oder Feuerwehren. Wir müssen auf die demographischen Auswirkungen besser reagieren und benötigen auch ein neues Verkehrskonzept.

Gibt es Folgen für die Windkraft?

Eichelbaum: Der neue Landesentwicklungsplan sollte Regelungen enthalten, um den Bau von weiteren Windkraftanlagen im Land zu begrenzen. Insofern können vor allem die Gemeinden im ländlichen Raum und die Windkraftgegner neue Hoffnungen schöpfen.

Interview: Martina Burghardt

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 17.07.2014

Skate- und Behindertenfest in Kolzenburg am 07.09.2014



Wahlsdorf versorgt sich selbst mit Wärme

Wahlsdorf hat Förderhürden endlich ausgeräumt / Baustart für das Projekt ist im August

Wahlsdorf will seine Wärmeversorgung in die eigene Hand nehmen und hat eine Wärmegenossenschaft gegründet. Genutzt wird Abwärme aus der Biogasanlage im benachbarten Petkus. Mehrfach drohte das Projekt, an geänderten Förderrichtlinien zu scheitern. Jetzt ist die Kuh vom Eis. Im August soll mit zwei Jahren Verzug der Aufbau des Nahwärmenetzes starten.

Vor allem für die Verantwortlichen im Vorstand der Genossenschaft ist die Zeit der schlaflosen Nächte endlich vorbei. "Die Finanzierung ist jetzt wasserdicht", sagt der Ortsvorsteher und stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Genossenschaft, Thomas März. Zwei Jahre später als ursprünglich geplant kann der Aufbau einer Versorgungsleitung mit Hausanschlüssen im Dorf nun beginnen. Start ist am Blockheizkraftwerk der Agrargesellschaft Petkus. Die Abwärme, die dort bei der Stromerzeugung aus Biogas anfällt, wird künftig über die Rohrleitungen in die privaten Häuser und drei Gewerbebetriebe nach Wahlsdorf strömen. Zugleich versorgt das Netz der Genossenschaft die kommunalen Gebäude. Dazu zählen zehn Wohnungen, das Feuerwehr-Gerätehaus sowie das besonders wärmebedürftige Guts haus, der Dorfladen, Museum, Jugendclub und das Begegnungszentrum im Gutsstall.

"Jetzt wird mit Hochdruck an der Feinplanung gearbeitet", sagt Vorstandsvorsitzender Rainer Silex. Das Planungsbüro bereite die Ausschreibungen vor. Anfang Juli werden die Mitglieder der Genossenschaft über die Details informiert. "Nach heutigem Stand könnte der Bau etwa Mitte August beginnen", blickt er voraus. Bis zum 30. Juni 2015 hat die Genossenschaft Zeit, das Vorhaben zu realisieren.

Diese Terminzusage von der Investitions- und Landesbank war der letzte einer Reihe von Knackpunkten, die das Projekt wackeln ließen. "Mitte 2012 hatten wir alle Unterlagen fertig und den Antrag auf eine 50-prozentige Landesförderung über die Regionale Planungsgesellschaft Havelland-Fläming gestellt. Doch dann kam die Mitteilung, dass das Land diese Mittel nicht mehr ausreicht", blickt Thomas März zurück. Fördermittel des Bundes seien zu beantragen, hieß es. Doch damit reduzierte sich die Förderung auf nur noch 20 Prozent der Gesamtsumme. Die Effektivität des Projektes stand in frage. Andererseits waren die Genossenschaftsanteile der Mitglieder bereits in die Vorplanung und Antragstellung geflossen. 100 000 Euro hatte das gekostet. "Das war ein sehr kritischer Punkt, aber wir haben weiter gekämpft", so Thomas März. Ein komplett neuer Businessplan musste aufgestellt werden, die Genossenschaft suchte und fand eine Bank als Kreditgeber und konnte im Sommer 2013 einen neuen Förderantrag stellen.

Im Februar dieses Jahres kam die Bewilligung. Doch wieder mit einem Haken. Die Genossenschaft sollte die Arbeiten bis zum Jahresende abschließen. "Das war nicht machbar, Baustart konnte frühestens im Juli sein", sagt Thomas März. Schon auf der Zielgeraden, drohte das Projekt erneut zu scheitern. Der Vorstand schilderte die Situation dem Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum (CDU) und dem Europaabgeordneten Dr. Christian Ehler. "Dank ihrer Hilfe bekamen wir eine Ausnahmegenehmigung von der ILB und können das Netz nun bis Ende Juni 2015 bauen", sagt März. Laut Vorstandschef Rainer Silex werden 80 Prozent des Wahlsdorfer Wärmebedarfs künftig über das neue Nahwärmenetz abgedeckt.

Quelle: Lausitzer Rundschau, 24.06.2014

Aktuelle Themen aus dem Landtag

Visionen vom Brandenburgteam - LSC-Ringer in der Vorbereitung auf die neue Bundesligasaison

Viel Schweiß ist am Wochenende bei den Luckenwalder Ringern geflossen. In der Vorbereitung auf die am 20. September beginnende Bundesligasaison 2014/15 hatten die LSC-Trainer Andreas Zabel und Jörn Levermann das Gros ihrer deutschen Schützlinge ins Trainingslager beordert. Am Sonnabend und am Sonntag ging es in der Ringerhalle intensiv zur Sache. 25 Sportler absolvierten dort mehrere schweißtreibende Einheiten. Neben den Luckenwaldern standen auch Ringer aus Berlin, Potsdam und Frankfurt/Oder als Trainingspartner auf den Matten. Abgerundet wurde das Wochenende für die LSC-Bundesligaringer am Sonntagvormittag mit einem gemeinsamen Frühstück als teambildende Maßnahmen. "Das Training war sehr ordentlich", zog Levermann Bilanz. Wie gut es war, wird sich am Dienstag herausstellen. Dann unterziehen sich die LSC-Bundesligaringer einem Leistungstest.

Über die anstehende Saison, das neue Regelwerk und den aktuellen Kader der LSC-Bundesligariege wurden Fans, Sponsoren und Journalisten am Freitagabend informiert. "Wir wollen wieder gut unterwegs sein", erklärte Vereinspräsident Christian Buddeweg. Der aktuellen Luckenwalder Ringer-Mannschaft für die Bundesliga 14/15 gehören 18 Kämpfer an. Zehn davon kommen aus Deutschland, drei aus Bulgarien sowie je einer aus Estland, Polen, Litauen, Serbien und Norwegen. Saisonziel ist das Erreichen der Endrunde. Und dafür hoffen die Luckenwalder auf etwas mehr Losglück als in den Vorjahren. 2013 und 2014 waren sie jeweils am späteren Meister ASV Nendingen gescheitert.

Breiten Raum bei der Saisoneröffnungsveranstaltung nahm am Freitagabend die Vision von einem sogenannten Brandenburgteam für die Ringer-Bundesliga ein. "Dafür sind die Leistungslücken in einzelnen Gewichtsklassen derzeit zu groß", sagte Trainer Zabel. Er könne sich aber durchaus in ein paar Jahren eine Bundesligamannschaft rein aus Brandenburger Ringern vorstellen. Talente dafür gibt es. Vereinspräsident Buddeweg erklärte, dass die Schaffung eines Brandenburgteams Chefsache sei. Man müsse aber Schritt für Schritt vorgehen. "Das Ziel des Ringerverbandes Brandenburg ist die Bildung eines Brandenburgteams mit einheimischen Nachwuchsathleten, dafür müssen aber alle ihre Hausaufgaben machen", sagte Danny Eichelbaum in seiner Funktion als Präsident des Landesverbandes.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 01.09.2014





Saisoneröffnung des 1. LSC Luckenwalde am 29.08.2014 / "Präsidentengrillen" mit den Frankfurter Ringern am 23.07.2014



Besuch von Landwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) in Teltow-Fläming am 31.08.2014

Personalnotstand in Justizvollzugsanstalten - Danny Eichelbaum: Strafvollzugsreform der linken Justizminister gescheitert

Laut Berichterstattung der Märkischen Allgemeinen vom 17.08.2014 kann in den Justizvollzugsanstalten Brandenburg und Neuruppin-Wulkow seit zwei Jahren kein Antigewalttraining mit den Gefangenen mehr durchgeführt werden. Der Grund sei der akute Personalmangel in den Justizvollzugsanstalten. Beim Antigewalttraining sollen die Gefangenen lernen, welche Folgen ihre Gewalttaten für die Opfer haben. Es geht auch um Strategien, damit sie sich in Konfliktsituationen beherrschen und zurück halten können.

Danny Eichelbaum, rechtspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg, sagt dazu:

"Die Strafvollzugsreform der linken Justizminister ist offensichtlich vollends gescheitert. Die Gefangenen in Brandenburg werden größtenteils verwahrt und kaum resozialisiert. Die Bedenken der CDU haben sich bestätigt, das Gesetz ist jetzt schon an den eigenen Ansprüchen gescheitert. Es fehlt Personal für die vorgesehene Diagnoseverfahren, für die Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung und für die Resozialisierung der Gefangenen. Die Rückfallgefahr kann somit nicht reduziert werden. Der Opferschutz bleibt auf der Strecke. Der Krankenstand und der Altersdurchschnitt der Strafvollzugsbediensteten ist nach wie vor hoch. Unter den linken Justizministern wurden die Lehrerstunden im Jugendstrafvollzug gestrichen, Stellen für Pädagogen, Psychologen und Strafvollzugsbedienstete reduziert und die Arbeitspflicht für Gefangene abgeschafft. Eine moderne und erfolgreiche Resozialisierung sieht anders aus. Justizminister Markov muss dieses Versagen erklären."

Quelle: Pressemitteilung 18. August 2014

CDU sieht das Land unzureichend geschützt - Umstrittene Spionageabwehr in Brandenburg

Die Spionageabwehr steht in Brandenburg nicht an vorderster Stelle. Die CDU sieht den Verfassungsschutz gar überfordert und das Land gefährdet. Schuld daran sei die rot-rote Landesregierung heißt es. Diese wiederum weißt alle Vorwürfe zurück und gibt den Schwarzen Peter an das Bundeasmat für Verfassungsschutz.

Potsdam- . Brandenburgs Verfassungsschutz ist aus Sicht der CDU für die Spionageabwehr nicht gerüstet. "Die Zahl der Mitarbeiter im Verfassungsschutz ist seit 2008 stetig gesunken. Spionageabwehr ist nicht mehr möglich", kritisiert der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Björn Lakenmacher. Zählte die Behörde vor sechs Jahren noch 122 Mitarbeiter, so sind es heute laut Innenministerium 96. Für 2018 sind 83 angepeilt. In der Spionageabwehr gibt es nach MAZ-Informationen nur zwei Planstellen, eine davon in Teilzeit. Offiziell bestätigen will das niemand, das Ministerium verweist auf strikte Vertraulichkeit.

Lakenmacher sieht den Verfassungsschutz heillos überfordert, wenn es darum geht, den Strategieschwenk der Bundesregierung zu unterstützen. Danach soll sich die Spionageabwehr auch gegen befreundete Geheimdienste richten. Berlin reagiert damit auf die Ausspähung des Kanzlerinnen-Handys und die jüngste Spitzel-Affäre der CIA. Durch den Schwenk – er läuft unter dem politischen Schlagwort "360-Grad-Blick" – sollen auch potenzielle Spione aus den USA und Großbritannien ins Visier geraten. Bislang lag der Fokus der deutschen Spionageabwehr auf Ländern wie Russland, China oder dem Iran.

Das Innenministerium in Potsdam sieht sich für die Spionageabwehr nicht zuständig. Sprecher Wolfgang Brandt verweist auf das Bundesamt für Verfassungsschutz. Brandenburgs Verfassungsschützer konzentrierten sich auf die Aufklärung von Wirtschaftsspionage. Dazu sei man mit Unternehmen und Kammern in Kontakt. Die Beobachtung befreundeter Geheimdienste sei ohnehin "in erster Linie Thema des Bundes", so Brandt. Notwendige Informationen würden freilich ausgetauscht. Ob die Zahl der Mitarbeiter für die Erfüllung aller Anforderungen ausreiche, ließ Brandt offen. "Aufgaben, die wir zu erledigen haben, können wir auch erledigen."

CDU-Politiker Lakenmacher nennt es "dreist", dass das SPD-geführte Innenministerium bei der Spionageabwehr auf nicht zuständig plädiert. "Dazu verpflichtet das Gesetz." Zudem habe Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD), den "360-Grad-Blick" mitbeschlossen.

Auch im aktuellen Verfassungsschutzbericht des Landes wird darauf hingewiesen, dass Spionageabwehr "hochaktuell" ist. Laut Lakenmacher habe Brandenburg noch zu Zeiten der rotschwarzen Koalition ein eigenes Abwehrreferat mit bis zu neun Stellen besessen. Flächenländer wie Sachsen, Bayern oder Nordrhein-Westfalen sei noch heute entsprechend ausgestattet. "In Brandenburg kann im Verdachtsfall nicht einmal eine Telefonüberwachung installiert werden. Es ist ja keiner da, der das macht", so Lakenmacher.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 12.08.2014

Besuchergruppe aus Teltow-Fläming im Landtag am 18.08.2014



Sozialgerichte kämpfen weiter gegen Hartz-IV-Klageflut

Potsdam (dpa) Bundesweit kämpfen die Sozialgerichte gegen eine Flut von Hartz-IV-Klagen. Während im benachbarten Berlin immerhin ein leichter Rückgang beobachtet wird, steigen die Zahlen in Brandenburg weiter.

Hartz-IV-Klagen sorgen in Brandenburg weiter für eine angespannte Situation an den Sozialgerichten. "Die Anzahl offener Verfahren ist im ersten Halbjahr 2014 erneut angestiegen", sagte der Sprecher des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg, Axel Hutschenreuther, der Nachrichtenagentur dpa. Demnach blieben bis Ende Juni an den vier Sozialgerichten des Landes 21 162 dieser Fälle unerledigt - ein Plus um zwei Prozent gegenüber dem Jahresbeginn. Laut Hutschenreuther sind in Potsdam, Neuruppin, Frankfurt (Oder) und Cottbus insgesamt 7435 neue Verfahren eingegangen, in denen um die Grundsicherung für Arbeitsuchende gestritten wird.

Die Situation wirkte sich auf das Gesamtbild aus: Nach Angaben des Sprechers blieben seit Jahresbeginn 35 603 Verfahren (30. Juni) unerledigt - ein Anstieg von 1,5 Prozent. Damit droht eine weitere Verlängerung von Wartezeiten für Kläger. Knapp sieben Prozent der Verfahren waren zu Jahresbeginn bereits drei Jahre und länger anhängig, so der Sprecher. Wegen überlanger Verfahren hatte das Landessozialgericht in Potsdam im vergangenen Februar Klägern in mehreren Fällen Entschädigungen zugesprochen. So erhielt ein Mann aus Südbrandenburg laut Gericht 3600 Euro, weil er seit acht Jahren auf ein Urteil des Sozialgerichts Cottbus wartete.

Im vergangenen Jahr gingen bei den vier Sozialgerichten des Landes knapp 16 000 Hartz-IV-Klagen ein. Seit Jahren leidet auch das Landessozialgericht als Berufungsinstanz zunehmend unter der Last: 2013 kamen 3019 Neueingänge aus diesem Bereich - mehr als die Hälfte aller neuen Verfahren. 2011 lag deren Anteil laut Gericht noch bei 42 Prozent, 2012 bei 50,3 Prozent.

Nach Angaben von Vizepräsident Hermann Oesterle sind in keinem anderen Bundesland die Sozialrichter derart stark belastet wie in Brandenburg. Die rund 70 Richter reichen nach seiner Schilderung nicht aus. Der Chefposten ist zudem unbesetzt, seit die frühere Präsidentin Monika Paulat Ende 2013 in den Ruhestand gegangen ist. Nach dpa-Informationen können sich Brandenburgs Justizminister Helmuth Markov (Linke) und Berlins Justizsenator Thomas Heilmann (CDU) nicht auf einen Nachfolger für das gemeinsame Gericht beider Länder einigen.

Der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Danny Eichelbaum, warf der rot-roten Landesregierung Versagen vor. "Die Probleme sind seit Jahren bekannt. Von Anfang an wurde nur Flickschusterei gemacht", so Eichelbaum. Es fehle eine langfristige Personalkonzeption. Das Justizministerium hatte noch unter Ex-Minister Volkmar Schöneburg (Linke) 2012 zusätzliche Richter an die Sozialgerichte geschickt.

Auch die Sozialrichter in Berlin ächzen neun Jahre nach Einführung der Arbeitsmarktreform weiter unter der Hartz-IV-Klageflut: Alle 22 Minuten kommt statistisch ein neues Verfahren an Deutschlands größtem Sozialgericht an. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres gab es rund 11 760 neue Fälle, wie Sprecher Marcus Howe mitteilte. Damit zeichne sich zwar ein Rückgang um etwa elf Prozent gegenüber 2013 ab, doch die Zahl der Klagen gegen Jobcenter sei weiter "enorm hoch".

Quelle: Märkische Oderzeitung, 01.08.2014

Opposition spricht von Haushaltslücke und Einstellungsstopp -Justizministerium sieht keinen Personalmangel

Wie steht es um den Brandenburger Justizdienst? Schlecht, sagt die Opposition im Landtag und verweist auf Medienberichte über Haushaltslücken und ruinöser Sparpolitik. Nun reagiert Justizminister Markov auf die Kritik: Er weist sie komplett zurück.

In Brandenburgs Justizdienst gibt es nach Darstellung der Landesregierung keine Lücken beim Personal. Alle notwendigen Stellen seien besetzt worden, erklärte Justizminister Helmuth Markov (Linke) zu einer parlamentarischen Anfrage der oppositionellen CDU-Fraktion. "Die Antwort belegt, dass der Minister offensichtlich die Personalprobleme in den Gerichten verschweigt oder nicht kennt", meinte der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Danny Eichelbaum, am Sonntag.

Langes Warten auf ein Urteil

Die Christdemokraten hatten dem Justizministerium "finanzielle Missstände" vorgeworfen. Markov habe von seinem Vorgänger Volkmar Schöneburg (Linke) ein Millionenloch im Haushalt geerbt - für das Jahr 2013 geplante Neueinstellungen und Beförderungen im Justizdienst hätten daher nicht vorgenommen werden können. Die Fraktion berief sich auf entsprechende Medienberichte.

Danach ist in der Richterschaft sogar von einem Loch im Justizhaushalt in Höhe von fünf Millionen Euro die Rede. An den märkischen Gerichten herrsche quasi ein Einstellungsstopp, weil der Personalhaushalt nicht gedeckt sei. Die Gerichtsverfahren in Brandenburg sind im Bundesvergleich besonders langwierig.

Justizminister Markov wies die Vorwürfe der Misswirtschaft zurück. "In der Haushalts- und Wirtschaftsführung 2013 gab es keinen Fehlbetrag", erklärte er. An Gerichten, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten seien alle Stellen nach Plan besetzt worden. Der frühere Finanzminister hatte nach seinem Wechsel ins Justizressort im Januar betont, er wolle die Verfahrensdauer verkürzen. Markov kündigte an, die Gründe dafür zu analysieren.

Quelle: RBB Online, http://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2014/07/justizminister-markov-weist-kritik-an-personalluecken-zurueck.html, 20.07.2014



Sommerfest der Landesregierung in Potsdam am 02.07.2014

Dreimal Bronze für Brandenburg - Christian John, Nick Matuhin und Lennard Wickel stehen beim Grand Prix von Deutschland im Ringen auf dem Treppchen

Dortmund - 250 Ringer aus 29 Nationen kämpften am Wochenende in Dortmund um den Grand Prix der Bundesrepublik Deutschland. Sowohl im griechisch-römischen Stil, aber auch im freien Ringkampf drückten Weltklasseathleten dem Wettkampf ihren Stempel auf. Gastgeber Deutschland erreichte durch einen Silberrang von Georg Harth (74 kg/TKSV Bonn-Duisdorf) im Frei- stil sowie insgesamt zehn Bronzerängen den Sieg in der Länderwertung im freien Ringkampf und den 4. Platz, punkt- gleich mit den Türken im griechisch-römischen Stil.

Angesichts der Übermacht, vor allem aus Osteuropa, hingen für die deutschen Ringer die Trauben hoch. Dennoch schafften es mit Christian John (130 kg/Eisenhüttenstädter RC), Nick Matuhin (125 kg) und Lennard Wickel (70 kg/beide 1. Luckenwalder SC) drei Ringer aus den brandenburgischen Leistungszentren, sich bis auf die Bronzeränge ihrer Gewichtsklassen zu schieben. "Der Grand Prix gehört mit zu den besten Turnieren in Europa und ist eine wichtige Standortbestimmung für unsere Ringer. Ich freue mich deshalb, dass neben Nick Matuhin auch unsere jungen Spitzenringer Christian John und Lennard Wickel eine Medaille mit nach Hause gebracht haben", erklärte Danny Eichelbaum, Präsident des Ringerverbandes Brandenburg. Emanuel Krause (57 kg/F/LSC), Marc Wentzke (66 kg/GR/Hansa Frankfurt) und Alexander Grebensikov (59 kg/GR/Hansa Frankfurt) verloren in ihre Auftaktbegegnungen und schieden aus.

Freistilspezialist Matuhin unterlag in seinem Auftaktduell hauchdünn dem späteren Sieger Aleksey Schimarov, stand damit jedoch im Kampf um Bronze. In einem innerdeutschen Duell setzte sich der Luckenwalder gegen Toni Bernhardt (Motor Jena) durch. Auch John hatte im schwersten Limit der Klassiker nicht allzu viele Kämpfe zu bewältigen. Er unterlag dem internationalen Spitzenringer Nurmakhan Tinaliyev (KAZ) und hätte sich damit im Kampf um Bronze ebenfalls in einem innerdeutschen Duell mit dem deutschen Meister Eduard Popp (VfL Neckargartach) messen müssen. Doch Popp verletzte sich im Kampf gegen den späteren Sieger aus Kasachstan. Er gab im Duell um Platz drei auf.

Schwer hatte es Wickel. In einem kräfteraubenden Auftaktduell setzte er sich gegen Janne Kunnas (Finnland) durch. Im Halbfinale unterlag Wickel gegen Adrian Moise (Rumänien). Im Kampf um Platz 3 war der Luckenwalder wieder obenauf. Dort bezwang er den Mexikaner Eskanto Valentia klar und sicherte sich den Bronzeplatz.

Grebensikov begann furios mit einem schönen Wurf gegen den Schweden Asak Selder, verletzte sich jedoch dabei am Oberschenkel und musste aufgeben. Krause traf gleich zum Auftakt auf den deutschen Meister Marcel Ewald (SVG Weingarten), der am Sonntag seinen 31. Geburtstag feierte. Der Luckenwalder kämpfte bis kurz vor Schluss taktisch klug mit, doch ein Angriff des Geburtstagskindes brachte die Entscheidung. Da sich Ewald nicht für das Finale qualifizierte, war auch für Krause das Turnier beendet.

Wentzke war in seinem Kampf gegen Yuksel Atakan (Türkei) chancenlos.

Insgesamt gesehen hielt sich der deutsche Jubel in Dortmund in Grenzen, zudem das i-Tüpfelchen, ein Turniersieg fehlte. "In einigen Gewichtsklassen sind wir ganz gut dabei, doch in anderen Kategorien haben wir noch eine Menge Arbeit", erklärte DRB-Sportdirektor Jannis Zamanduridis, der auf das äußerst hohe Niveau des Turniers mit vielen Weltklasseringern verwies. Jr Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 01.07.2014

"Kuschelvollzug" für junge Straftäter

Mit der rot-roten Regierungsmehrheit hat der Potsdamer Landtag den Vollzug des Jugendarrests neu geordnet: Künftig wird in Brandenburg auf Disziplinarmaßnahmen verzichtet. Stattdessen sollen jugendliche Straftäter resozialisiert werden. Die CDU lehnt diesen "Kuschelarrest" strikt ab.

Potsdam. Künftig soll auf Disziplinarmaßnahmen verzichtet werden und die Besserung der straffällig gewordenen Jugendlichen im Vordergrund stehen. Ziel sei es, "den straffälligen Jugendlichen das von ihnen begangene Unrecht und ihre Verantwortung hierfür bewusst zu machen und ihnen Hilfen für eine Lebensführung ohne Straftaten aufzuzeigen und zu vermitteln", heißt es in einer Mitteilung des Justizministeriums.

Potenzielle Straftäter könnten durch sozialpädagogische Maßnahmen von weiteren Taten abgehalten werden, sagte der SPD-Abgeordnete Andreas Kuhnert. Harte Strafen wie in den USA und Großbritannien hätten die Jugendkriminalität nicht abgesenkt.

Kritik von der Opposition

CDU-Rechtsexperte Danny Eichelbaum lehnt das Gesetz erneut als "Kuschelvollzug" ab. "Der Jugendarrest muss kurz, scharf und abschreckend sein", sagte er. Der Sanktionscharakter müsse erhalten bleiben, so Eichelbaum. Er bezeichnet den Gesetzentwurf als "Schnellschuss mit eklatanten Mängeln". Ein Mangel sei zum Beispiel, dass die Jugendlichen erst Monate nach ihrer Verurteilung in den Arrest kommen. Der Arrest müsse aber unmittelbar nach Rechtskraft des Urteils beginnen, so Eichelbaum. Zudem müsse die Nachsorge besser werden, hier sei aber aus Kostengründen zurückgefahren worden.

Auch die FDP sieht erhebliche Mängel im neuen Jugendarrestvollzugsgesetz. Die baulichen und personellen Voraussetzungen für den Vollzug des Jugendarrests seien noch gar nicht geschaffen, so Linda Teuteberg, rechtspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Landtag. MAZonline (mit dpa)

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 26.06.2014

Besuchergruppe aus Zossen und Jüterbog im Landtag am 03.07.2014

